No. 253. — 56. Jahrgang.

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Morgen-Ausgabe

Sonntag, 31. Mai 1908

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf. Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Sophienstr. 20, Petersburgerstr. 2, Gr. Frankfurterstr. 23 u. Gr. Frankfurterstr. 87, Kaiserstraße 61, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstraße 21 (am Weddingplatz), Königstr. 56/57, Rathenowerstraße 3, Lottbamerstraße 83, Bayreutherstr. 32, Leipzigerstr. 108, Wittenbergerstraße 6, Rixdorf, Prinz Handjerystraße 38/34 u. Berlinerstr. 73, Schöneberg, Vorbergstr. 8, Charlottenbg., Kantstr. 34, Pankow, Berlinerstr. 135, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, Königschaussee 61b.

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W. Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die Landtagswahl.

In drei Tagen wird sich in einem Staate, der sich Kulturstaat nennt, eine Wahl vollziehen, die ein blutiger Hohn auf einen Kulturstaat ist. Ein blutiger Hohn sein muß gemäß dem Wahlgesetz, auf Grund dessen diese Wahl stattfindet. Von vornherein zur Rechtlosigkeit und Einflußlosigkeit sind verdammt ein halbes Dutzend Millionen Wähler, die in der dritten Klasse wählen. Niemals haben sie Aussicht, aufzukommen gegen die beiden anderen Klassen, die beide zusammen zwar nur etwa eine Million Köpfe zählen, aber durch ihr sechsfach größeres Wahlrecht die Masse des erwerbstätigen Volkes einfach an die Wand drücken. Und in den beiden ersten Klassen selbst sind es wiederum die mehr als dreiviertel Millionen Wähler zweiter Güte, die mit ihrem Einfluß nicht weiter reichen, als die noch nicht eine Viertelmillion zählenden Wähler erster Klasse.

Und diese Karikatur von Wahlrecht wagt die Reaktion als ein „bewährtes" Wahlrecht hinzustellen und zu konservieren! Und diese Karikatur von Wahlrecht wird nicht mit einem Sturm der Entrüstung hinweggefegt? Und die Sklavenkette dieses Wahlrechts schleppt ein Volk von 34 Millionen Einwohnern geduldig mit sich herum, um es einer „kleinen, aber mächtigen Partei" zu ermöglichen, Preußen zum rückständigsten Lande Westeuropas zu machen?

Wahrlich, niemals war die Versuchung, der Anreiz, die Provokation, dieses Wahlrecht zu zerschmettern, stärker, lebhafter, schärfer als jetzt, da es offenbar ist, daß sich niemals in Preußen die Reaktion rücksichtsloser geberdet hat als in den letzten Jahren seit dem Regime des Ministeriums Bülow. Und das Schauspiel, das sich uns bietet?

Die kleinen Reste der ehemaligen Fortschrittspartei wissen sich keinen besseren Rat, als die Front nach links zu nehmen. Mit einer wahren Berserkerwut stürzen sie sich auf die Sozialdemokratie, als ob es für den preußischen Staat der Untergang wäre, wenn unter den mehr als 400 Abgeordneten der zweiten Kammer ein sozialdemokratischer Abgeordneter auftauchte! Dabei ist es nur die durch das Dreiklassenwahlgesetz verschuldete schreiendste Ungerechtigkeit, daß die 315,000 sozialdemokratischen Stimmen der letzten preußischen Landtagswahl nicht einen einzigen Abgeordneten durchzusetzen vermochten, während es den Konservativen mit ihren 362,000 Stimmen möglich war, 203 Abgeordnete in das Abgeordnetenhaus zu bugsieren! Es könnte einen Hund jammern, wenn man denkt, die Fortschrittspartei der sechziger Jahre hat zur Konfliktszeit weit über 100 Mandate zu erringen vermocht. Heute vermögen die Epigönlein eines Waldeck, Twesten, Ziegler ihre zwei Dutzend Mandate nur mühselig aufrechtzuerhalten, weil sie ihnen von Junkers Gnaden großmütig zugebilligt werden. Damals erstarkte die Fortschrittspartei an ihrem entschlossenen Kampfe gegen das Junkertum; heute leisten die Führer des verkahrenen Freisinnskarrens dem Junkertum in würdeloser Weise Vorspanndienste. Vor Angst zittern sie, der agrarische Reichskanzler und reaktionärste Ministerpräsident, den Preußen seit Manteuffel gehabt, könne stürzen, und demutsvoll scharen sie sich um ihn wie eine Prätorianertruppe, zugleich mit ihm die Junkerpolitik direkt und indirekt stützend. Und die schwatzhaftesten unter diesen Freisinnsleuchten preisen diese Errungenschaft als eine Politik der höchsten Weisheit! Man redet von einem „Kulturblock von Zedlitz bis Naumann" und verschließt seine Augen dagegen, daß sich niemals die konservativen Parteien Preußens kultur- und volksfeindlicher benommen haben als jetzt, wo sie ohne Scham und Schande das Dreiklassenwahlgesetz als das beste aller Wahlsysteme ausschreien und zynischer als jemals die unverletzte Erhaltung dieser Karikatur eines gerechten Wahlgesetzes für ihre vornehmste politische Aufgabe ausgeben!

In welchem Wahlkreise wird noch von freisinniger Seite ernstlich gegen die junkerliche Reaktion gekämpft? In Berlin hat eins der beiden Blätter, die hier noch allein mit den Fischbeck, Kopsch und Wiemer durch dick und dünn gehen, ausdrücklich erklärt, der Wahlkampf nach rechts erübrige sich, da von rechts keine Gefahr drohe. In der Tat: seit dem Block droht der freisinnigen Volkspartei von rechts nur noch Gefahr, wenn sie nicht so will, wie die Konservativen es von ihr verlangen. Denn dann wird sie mit einem reaktionären Fußtritt aus dem Hörigkeitsverhältnis hinausgejagt, in das sie sich durch die Blockpaarung hat einspannen lassen, und der Hohn ihrer reaktionären Gönner grinst ihr als wohlverdienter Lohn nach. . . .

Es versteht sich von selbst, daß die klägliche Rolle, die sich der parlamentarische Freisinn durch die überlegene Bauernschlauheit der Reaktion hat aufhalsen lassen, und die er auch während der Landtagswahlbewegung munter fortgespielt hat, die Wirkung hat haben müssen, daß es sich wie ein Eiseshauch auf die freisinnige Wählerschaft legte; es sei denn, daß sie sich zum offenen Widerstande gegen die unfähige, die Partei immer tiefer in den Sumpf führende Geschäftsleitung aufraffte, wie dies hier und da mit erfreulicher Entschiedenheit geschehen ist. Im übrigen aber ist man infolge der Kapitulation der Parteileitung vor dem Block-Bülow und dem Bülow-Block vielleicht niemals innerhalb der Partei mit solcher Wurzigkeit einem Wahltage entgegengegangen, wie diesmal. Tausende von freisinnigen Wählern, die einen Blockfreisinnigen nicht wählen mögen, weil sie immer noch das alte Programm hochhalten und weil sie sich der Begünstigung der Programmverleugnung nicht schuldig machen wollen, werden sich diesmal die Wahl von weitem ansehen. Es widerstrebt ihrem gesunden liberalen Gefühl, gleichsam als Kronzeugen für die freisinnigen Blockpolitiker aufzumarschieren, indem sie den Anschein erwecken, als wollten sie diese Politik durch ihre Stimmenabgabe zugunsten des Blockliberalismus gutheißen. Das einzige, was dabei übrig bleibt, ist die Frage: Wie lange werden sie dem immer tieferen Hinabrutschen des offiziellen Freisinns in die Niederungen der Prinzipienverleugnung mit verschränkten Armen zusehen? Für diesmal mag's ja wohl zu spät geworden sein, wirksam einzugreifen, um dem ewigen Hinabgleiten ein donnerndes Halt zuzurufen und eine Reform der Partei von innen heraus anzubahnen, wenn sie nicht in dem allgemeinen Reaktionsmüll kläglich und ruhmlos ersticken will. Aber schon zeigen sich die Anzeichen eines Wiedererstarkens des demokratischen Bewußtseins. Rapide ist in den letzten Monaten und Wochen der Unwille der weitesten Schichten des freisinnigen Bürgertums über die Verbrüderung des Parteifreisinns mit den reaktionären Volksfeinden gewachsen. Immer klarer wird es auch den Vertrauensseligsten, daß es so nicht weitergehen kann. Das preußische Abgeordnetenhaus wird nach der Wahl genau so fortwirtschaften wie bisher. Die Konservativen werden wie bisher in Preußen die traurigste Reaktion aufrechterhalten. Aber in dem nächsten Jahrfünft wird der Freisinn aus der Wählerschaft heraus vor die Frage gestellt werden: Willst du im reaktionären Schlamm untergehen oder hast du noch die Kraft zur Erneuerung in dir?

Was uns betrifft, so werden wir nach wie vor auf die notwendige Gesundung mit aller Energie hinarbeiten, geleitet und getragen von der Kraft unverwüstlich demokratischer, wahrhaft volksfreundlicher Grundsätze, gestützt auf eine immer größere, zielbewußtere Anhängerschaft, die treu zu uns und dem demokratischen Gedanken hält. Ohne eine zähe, konsequente und wirksame Vertretung dieses Gedankens in einer nach allen Richtungen hin unabhängigen Presse erblüht allerdings keine Aussicht auf Erfolg. Darum bitten wir alle unsere Leser, die zugleich unsere Gesinnungsgenossen sind, im Interesse der guten Sache, die wir gemeinsam vertreten, auf die Weiterverbreitung unseres Blattes so eifrig bedacht zu sein wie bisher.

Die Reichsapanage.

Offiziös wird jetzt zu der auch von uns wiedergegebenen Meldung der Parlamentskorrespondenz Woth Stellung genommen, die Regierung habe im Frühjahr unverbindlich im Reichstage die Frage angeschnitten, wie dieser sich zu einer Reichsapanage für den Kaiser stellen würde. Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg." bemerkt dazu:

Aus den Besprechungen soll die Regierung die Ueberzeugung gewonnen haben, daß es besser sei, zunächst den Plan zu vertagen. Diese Angaben sind unwahr; der Reichskanzler hat in keinerlei Form wegen einer Reichsapanage verhandelt und niemals an eine solche auch nur gedacht.

Es ist bemerkenswert, mit welcher Geflissentlichkeit hier der Ton auf das Wort Reichskanzler gelegt wird. Daß Fürst Bülow persönlich die Parteiführer nicht sondiert hat, kann man glauben. Aber es gibt noch andere Leute, die geeignet und bereit sind, derartige Vorverhandlungen zu führen. Und daher steht das feierliche Dementi auf sehr schwachen Füßen.

Die Nachricht von einer Erhöhung der Zivilliste von Preußen aus ist auch bis heute noch nicht dementiert. Es stimmt also!

Zur Frage der Erhöhung der Zivilliste schreibt die nationalliberale „Magdeburgische Ztg.":

„Der preußische Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben hat bei der Einbringung des letzten preußischen Etats unter dem lauten Beifall aller Parteien und unter der ungeteilten Zustimmung der Presse an die Klassen und Stände insgesamt die Mahnung gerichtet, zur alten Einfachheit zurückzukehren. Gäbe die Krone Preußens hierfür ein leuchtendes Beispiel, indem sie die Erhöhung des Gehalts der Hofbeamten veranlaßte, ohne eine Erhöhung der Zivilliste zu beantragen, dann würde sie nicht nur große moralische Eroberungen machen, sondern auch in überaus wirksamer Art der segensreichen, so notwendigen Rückkehr zur altpreußischen Einfachheit die Wege bereiten. Denn bei dem Einfluß, den der Berliner Hof auf die Gestaltung des gesellschaftlichen Zuschnitts und die Lebenshaltung überhaupt ausübt, würde eine vorbildliche Einfachheit der preußischen Krone allen Klassen und Ständen für die Lebensführung höhere Gesetze geben. Von Dürftigkeit und Armseligkeit bliebe auch ein militärisch-einfacher Kaiserhof noch weit entfernt: an der Würde der Majestät hat es unter Wilhelm I. nicht gefehlt. Dem Hause Hohenzollern aber würde unter einer weniger glanzvollen Form der Aeußerlichkeiten des Daseins vielleicht am sichersten der Kern des Königtums erhalten bleiben: der Wille zur Macht."

Eine neue Englandreise des Kaisers?

Ein erneuter Aufenthalt des Kaisers an der englischen Südküste soll Mitteilungen aus Hofkreisen an die „Mil.-pol. Korrespondenz" zufolge auch für diesen Spätherbst schon jetzt in Aussicht genommen sein. Beauftragte des Oberhofmarschallamtes haben sich angeblich bereits nach einem passenden Landsitz umgetan, da es fraglich erscheint, ob Highcliffe-Castle dem Kaiser wieder zur Verfügt gestellt werden kann. Die geplante Reise soll in der Hauptsache durchaus privater Natur sein und Erholungszwecken dienen. Sie werde aber voraussichtlich unter anderem einen neuen Besuch auf Schloß Windsor einschließen, zu dem, wie verlautet, König Eduard persönlich seinem Neffen die Einladung aussprechen will. — Bestätigung bleibt abzuwarten.

Bülows Sommerurlaub.

Fürst Bülow wird nach den „Münchener Neuesten Nachr." Anfang Juli seinen Urlaub antreten, den er auch in diesem Jahre wieder in Norderney verbringen wird. Der Aufenthalt dortselbst wird voraussichtlich acht Wochen dauern.

Der sogenannte Bund der Handwerker,

von dessen Existenz bis vor wenigen Tagen kein Mensch in Preußen etwas wußte, hat in der letzten Zeit eine Anzahl von Flugblätter besonders im Kreise Brandenburg, Westhavelland, Zauch-Belzig verbandt, inhaltlich dessen die Handwerker aufgefordert werden, für die konservativen Kandidaten zu stimmen, da die freisinnigen Kandidaten die Beantwortung einer größeren Zahl von Fragen, die man an sie gestellt, unterlassen haben. Hingegen hätten die konservativen Vertreter sämtliche Fragen mit „Ja" beantwortet. Zur Steuer der Wahrheit wird uns folgendes mitgeteilt: Die drei freisinnigen Kandidaten Stadtrat Ernst Blell, Mühlenbesitzer Arno Tiede und der Lehrer Paul Paschke-Brandenburg haben gemeinsam die Fragen beantwortet. Wir lassen das diesbezügliche Schreiben im Wortlaut folgen:

An den Bund der Handwerker,
z. H. des Herrn H. Voigt
Friedenau.

Auf die gefl. Schreiben an die Landtagskandidaten des Wahlkreises Brandenburg-Westhavelland-Zauch-Belzig, die Herren Ernst Blell, Arno Tiede und P. Paschke, betreffend deren Haltung in den Handwerkerfragen, erwidern wir, daß die Herren sämtlich auf dem Boden der freisinnigen Volkspartei stehen. Sie werden also auch die Fragen, die das Handwerk betreffen, dessen Förderung sie ganz besonders wünschen, nach den für diese Partei bestehenden Grundsätzen zu lösen suchen.

Hochachtungsvoll
das liberale Wahlkomitee.

In einer am Sonnabend, 25. Mai, im Schützenhause zu Belzig veranstalteten konservativen Wählerversammlung hat der eine der Kandidaten, Herr v. Brandenstein, folgendes erklärt: Es sei auch ihm vom „Bund der Handwerker" ein Fragebogen zugegangen, er habe diesen Bogen mit seinen vielen Fragen einfach unbeantwortet gelassen.

Man vergleiche diese Ausführungen mit dem Inhalt des Flugblattes und man wird nicht darüber in Zweifel sein, daß der sogenannte Bund der Handwerker weiter nichts als eine Wahlmache der Konservativen ist. (Um so bedauerlicher ist es allerdings, daß die freisinnige Parteileitung in einem benachbarten Wahlkreise die Konservativen unterstützt.)

Abermals die Spielautomaten.

Der Minister des Inneren hat jetzt das Reichsgerichtserkenntnis vom 28. Februar d. J., worin der Spielautomat „Imperator" (Hebelautomat) für ein verbotenes Glücksspiel erklärt wird, den Regierungen in Abschrift zur Kenntnis und entsprechenden Verständigung der nachgeordneten Behörden zugehen lassen. „Ich ersuche," so schließt die ministerielle Verfügung, „dem Unwesen der Spielautomaten Ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden zu wollen."

Das sächsische Wahlreformkompromiß angenommen.

Aus Dresden, 30. Mai wird gemeldet: In der heutigen Sitzung der Wahlrechtsdeputation ist nun endlich das unglückliche Kompromiß in seiner Gesamtheit gegen vier Stimmen angenommen worden. Geheimrat Heink erklärte dazu, daß mit der Regierung kein Kompromiß abgeschlossen sei und sie sich ihre Stellungnahme vorbehalten müsse. Das Ministerium des Inneren ist jedoch bereit, die Neueinteilung der Wahlkreise nach den von der Wahlrechtsdeputation und der Mehrheit der Konservativen und Nationalliberalen gutgeheißenen Grundlagen bis zum nächsten Herbst auszuarbeiten. Uebrigens sind trotz der heutigen formalen Annahme der Kompromißvorschläge noch sehr wichtige Fragen offen geblieben, so, ob die Erteilung einer Pluralstimme mit dem 45. oder 50. Lebensjahre erfolgen solle, ob eine Integralerneuerung der Kammer stattfinden und der zweijährige Aufenthalt am Orte der Listenaufstellung die Bedingung für die Ausübung des Wahlrechts sein soll. Diese Fragen soll die Wahlrechtsdeputation bis zum Herbst lösen.

Ein badischer Wasserwirtschaftsrat.

Aus Karlsruhe, 30. Mai, meldet ein Telegramm: Als Beirat des Ministeriums des Inneren in Angelegenheiten, die den Ausbau der bestehenden und die Anlage neuer Wasserstraßen sowie die wirtschaftliche Ausnutzung der öffentlichen und nichtöffentlichen Gewässer betreffen, wurde durch landesherrliche Verordnung ein Wasserwirtschaftsrat errichtet. Dieser ist zusammengesetzt aus Vertretern der interessierten Behörden, Lehrern der Volkswirtschaft an den drei Hochschulen, Vertretern von öffentlichen Korporationen, wie Landwirtschafts- und Handwerkskammern, städtischen und Kreisausschüssen usw.

Zwischen den Festen.

Aus Paris wird gemeldet: Präsident Fallières teilte dem Ministerrat mit, wie angenehm er berührt gewesen sei durch die Aufmerksamkeiten König Eduards und durch den herzlichen Empfang der britischen Bevölkerung. Der Ministerrat stimmte zu, daß Präsident Fallieres seine skandinavische Reise in der zweiten Hälfte des Monats Juli antreten und in den ersten Tagen des August zurückkehren solle. Dem Vernehmen nach wird Präsident Fallieres